

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> . . . . .		V
<i>Vorwort zur 1. Auflage</i> . . . . .		VI
<i>Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur</i> . . . . .		XXV
<b>§ 1 Einführung</b> . . . . .	1	1
I. Rechtsbehelfe als Mittel zur Kontrolle des Verwaltungshandelns . . . . .	1	1
1. Formlose Rechtsbehelfe . . . . .	2	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe . . . . .	7	2
II. Funktionen und Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	8	2
1. Grundlage, Funktionen und Tendenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	8	2
2. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	13	6
III. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens . . . . .	18	7
1. Der Dispositionsgrundsatz . . . . .	19	7
2. Der Untersuchungsgrundsatz und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung . . . . .	20	8
a) Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes und seine Grenzen . . . . .	20	8
b) Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung . . . . .	25	9
3. Amtsbetrieb und Konzentrationsgrundsatz . . . . .	26	10
4. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs . . . . .	28	10
5. Die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens . . . . .	30	11
IV. Prozesshandlungen . . . . .	33	12
1. Parteihandlungen . . . . .	34	12
2. Prozesshandlungen des Gerichts . . . . .	43	14
a) Überblick . . . . .	43	14
b) Verschiedene Urteilsarten . . . . .	48	15
aa) Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsurteile . . . . .	48	15
bb) Prozess- und Sachurteile . . . . .	50	15
cc) End- und Zwischenurteile, Voll- und Teilurteile . . . . .	51	15
dd) Andere Urteilsarten . . . . .	56	16
c) Form, Inhalt und Aufbau eines Urteils . . . . .	57a	16
V. Der Aufbau eines verwaltungsprozessualen Gutachtens . . . . .	58	18
1. Die Bedeutung der Sachentscheidungs- voraussetzungen . . . . .	58	18
2. Prüfungsschema bezüglich der Zulässigkeits- voraussetzungen . . . . .	65	21

<b>§ 2 Die ordnungsgemäße Klageerhebung</b> . . . . .	69	22
I. Form und Inhalt der Klageschrift . . . . .	71	23
II. Die objektive Klagehäufung . . . . .	73	24
III. Die Klageänderung . . . . .	79	25
<b>§ 3 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs</b>		
<b>(§ 40 VwGO)</b> . . . . .	82	27
I. Allgemeines . . . . .	85	27
II. Das Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit . . . . .	89	29
1. Gnadenentscheidungen als justiziable rechtliche Entscheidungen . . . . .	90	29
2. Die Justiziabilität von Regierungsakten . . . . .	92	30
3. Maßnahmen im besonderen Gewaltverhältnis (Sonderstatusverhältnis) keine rechtsfreien Hoheitsakte . . . . .	95	30
III. Das Vorliegen einer öffentlichrechtlichen Streitigkeit . . . . .	99	32
1. Die Subordinationstheorie . . . . .	100	32
2. Die Interessentheorie . . . . .	102	32
3. Die modifizierte Subjektstheorie . . . . .	104	33
4. Abgrenzungsfragen . . . . .	112	35
a) Die Rechtsnatur des Subventionsverhältnisses . . . . .	116	36
b) Die Rechtsnatur eines Hausverbotes . . . . .	119	37
c) Die Rechtsnatur von Realakten . . . . .	121	37
d) Die Abgrenzung von öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Verträgen . . . . .	123	39
IV. Das Vorliegen einer nichtverfassungsrechtlichen Streitigkeit . . . . .	124	40
1. Der Standpunkt der herrschenden Meinung . . . . .	127	41
2. Verfassungsrechtliche Streitigkeiten als den Verfassungs- gerichten vorbehaltene Streitigkeiten . . . . .	129	41
V. Das Fehlen einer Sonderzuweisung an ein anderes Gericht . . . . .	134	45
1. Zuweisung an die ordentlichen Gerichte . . . . .	137	46
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei . . . . .	140	46
3. Rechtsschutz gegen ablehnende Gnaden- entscheidungen . . . . .	142	48
4. Zuweisungen an Zweige der besonderen Verwaltungs- gerichtsbarkeit . . . . .	143	48
VI. Die Zuweisungsregelung gem. § 40 Abs. 2 . . . . .	144	49
1. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs gem. § 40 Abs. 2 S. 1 . . . . .	144	49
a) Der Aufopferungsanspruch . . . . .	145	49

b) Ansprüche des Bürgers aus öffentlichrechtlicher Verwahrung . . . . .	146	50
c) Schadensersatzansprüche des Bürgers aus der Verletzung öffentlichrechtlicher Pflichten . . . . .	147	50
2. Sondervorschriften des Beamtenrechts . . . . .	149	51
VII. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs (§ 17 Abs. 2 GVG) . . . . .	150	51
VIII. Die Verweisung . . . . .	155	52
IX. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis hinsichtlich rechtswegfremder Vorfragen . . . . .	161	54
1. Die grundsätzliche Prüfungsbefugnis des Verwaltungsgerichts . . . . .	161	54
2. Sonderproblem Aufrechnung . . . . .	165	55
X. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis in Fällen mit Bezug zum Recht der europäischen Gemeinschaft bzw. supranationaler Organisationen . . . . .	166a	56
<b>§ 4 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten . . . . .</b>	171	59
<b>§ 5 Die Anfechtungsklage . . . . .</b>	175	60
I. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage . . . . .	178	60
II. Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungsklage . . . . .	182	61
1. Das tatsächliche Vorliegen des Verwaltungsakts . . . . .	182	61
2. Die Begriffsmerkmale eines Verwaltungsakts . . . . .	184	63
a) Die einzelnen Merkmale des Verwaltungsaktsbegriffs . . . . .	187	63
aa) Die hoheitliche Maßnahme . . . . .	188	63
bb) Die Behörde . . . . .	189	63
cc) Das Vorliegen einer Regelung . . . . .	195	65
dd) Die Einzelfallregelung . . . . .	203	68
ee) Die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtete Tätigkeit . . . . .	212	70
b) Maßgeblichkeit von Inhalt oder Form des Verwaltungshandelns . . . . .	231	76
3. Der Gegenstand der Anfechtungsklage bei vorheriger Durchführung eines Widerspruchsverfahrens . . . . .	234	77
III. Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts . . . . .	246	80
IV. Die prozessuale Geltendmachung des Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs sowie sonstiger, die Aufhebung des Verwaltungsakts voraussetzender Leistungsansprüche . . . . .	248	80
V. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anfechtungsklage . . . . .	252	81

<b>§ 6 Die Verpflichtungsklage</b> . . . . .	256	82
I. Die Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage . . . . .	260	83
II. Die verschiedenen Formen der Verpflichtungsklage . . . . .	263	84
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Verpflichtungsklage . . . . .	269	86
IV. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage . . . . .	270	86
1. Drittklagen . . . . .	271	87
a) Nachbarklagen . . . . .	271	87
b) Konkurrentenklagen . . . . .	272	87
2. Rechtsschutz nach Ablauf der Anfechtungsfrist und bei späteren Veränderungen der Rechts- oder Sachlage . . . . .	278	90
3. Die Problematik der sog. „isolierten Anfechtungs- klage“ . . . . .	281	91
a) Die prinzipielle Unzulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage . . . . .	281	91
b) Die Ausnahmen . . . . .	283	92
4. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen . . . . .	287	93
a) Meinungsüberblick . . . . .	292	94
b) Rechtsschutz grundsätzlich durch eine Anfechtungs- klage . . . . .	295	95
c) Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage in Ausnahmefällen . . . . .	299	97
d) Rechtsschutz gegen modifizierende Auflagen sowie eine modifizierende Gewährung . . . . .	301	98
 <b>§ 7 Die Fortsetzungsfeststellungsklage</b> . . . . .	 306	 100
I. Die Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S. 4 . . . . .	309	100
1. Die Erledigung des Verwaltungsakts . . . . .	310	101
2. Die Erledigung nach Klageerhebung . . . . .	321	103
II. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 . . . . .	322	103
1. Die Erledigung vor Klageerhebung . . . . .	323	103
2. Rechtsverletzende Verwaltungsakte, deren Aufhebung ausgeschlossen ist . . . . .	326	105
3. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 auf die Verpflichtungsklage . . . . .	330	107
a) Wegfall des Interesses an der Vornahme des Verwaltungsakts . . . . .	331	107
b) Veränderung der Sach- oder Rechtslage in Bezug auf den beantragten Verwaltungsakt . . . . .	335	108
4. Grenzen der Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4 . . . . .	337	108

III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Fortsetzungs- feststellungsklage . . . . .	339	109
<b>§ 8 Die allgemeine Leistungsklage . . . . .</b>	<b>343</b>	<b>110</b>
I. Die Statthaftigkeit einer allgemeinen Leistungsklage . . . . .	344	110
II. Die vorbeugende Unterlassungsklage als Unterfall der Leistungsklage . . . . .	354	113
1. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohendes Verwaltungshandeln ohne Verwaltungsaktsqualität . . . . .	354	113
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte . . . . .	355	114
a) Die grundsätzliche Unzulässigkeit . . . . .	355	114
b) Fälle einer zulässigen vorbeugenden Unterlassungs- klage gegen Verwaltungsakte . . . . .	356	114
aa) Rechtliche oder faktische Unaufhebbarkeit eines später erlassenen rechtswidrigen Verwaltungsakts . . . . .	357	115
bb) Der mit Strafe oder Geldbuße sowie mit sonstigen Sanktionen bewehrte Verwaltungsakt . . . . .	361	115
cc) Der verzögerte Verwaltungsakt . . . . .	362	116
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage . . . . .	363	116
<b>§ 9 Die Gestaltungsakten . . . . .</b>	<b>365</b>	<b>117</b>
I. Die Statthaftigkeit von Gestaltungsakten . . . . .	366	117
II. Keine allgemeine verwaltungsgerichtliche Gestaltungs- klage . . . . .	370	118
<b>§ 10 Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage . . . . .</b>	<b>374</b>	<b>119</b>
I. Die Statthaftigkeit einer verwaltungsgerichtlichen allgemeinen Feststellungsklage . . . . .	377	120
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungsklage . . . . .	378	120
a) Der Begriff des Rechtsverhältnisses . . . . .	378	120
b) Subjektive Rechte des Bürgers und Rechts- verhältnisse . . . . .	384	122
c) Subjektive Rechte des Staates und Rechts- verhältnisse . . . . .	387	123
d) Die Begründung von Rechtsverhältnissen . . . . .	393	125
aa) Die verschiedenen Begründungsmöglichkeiten . . . . .	393	125
bb) Die Begründung von Rechtsverhältnissen durch Normen und ihre Bedeutung für den Rechtsschutz gegen Normen . . . . .	394	125
cc) Die Stufung von Rechtsverhältnissen . . . . .	401	125

e) Vergangene und zukünftige Rechtsverhältnisse . . . . .	405	126
f) Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses . . . . .	409	127
2. Die Nichtigkeit eines Verwaltungsakts als Gegenstand der Feststellungsklage . . . . .	411	128
II. Die Subsidiarität der Feststellungsklage . . . . .	416	129
1. Der Anwendungsbereich der Subsidiaritätsklausel . . . . .	416	129
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Fortsetzungsfeststellungsklagen . . . . .	417	129
b) Subsidiaritätsklausel und allgemeine Leistungsklage . . . . .	420	130
2. Vorbeugende Feststellungsklage und Subsidiaritätsklausel . . . . .	421	131
3. Ausnahmen von der Subsidiaritätsklausel (§ 43 Abs. 2 S. 2) . . . . .	422	132
4. Keine Subsidiarität bei einer Klage auf Feststellung des Nichtbestehens eines durch einen Verwaltungsakt begründeten staatlichen Anspruchs . . . . .	426	132
III. Die Zulässigkeit sonstiger Feststellungsklagen . . . . .	431	134
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der Feststellungsklage . . . . .	433	134
<b>§ 11 Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte . . . . .</b>	<b>437</b>	<b>136</b>
I. Allgemeines . . . . .	437	136
II. Die erstinstanzliche sachliche Zuständigkeit . . . . .	439	136
III. Die örtliche Zuständigkeit . . . . .	442	137
IV. Verweisung . . . . .	444	137
<b>§ 12 Die Beteiligungsfähigkeit . . . . .</b>	<b>446</b>	<b>138</b>
I. Beteiligte und Beteiligungsfähigkeit . . . . .	448	138
1. Beteiligte . . . . .	449	139
2. Die Beteiligungsfähigkeit . . . . .	455	139
a) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 1 . . . . .	456	140
b) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 2 . . . . .	461	141
c) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 3 . . . . .	463	142
II. Die Beiladung . . . . .	464	143
1. Funktionen und Anwendungsbereich der Beiladung . . . . .	464	143
2. Die einfache Beiladung . . . . .	466	143
3. Die notwendige Beiladung . . . . .	470	144
4. Die Konsequenzen der Beiladung und ihrer Unterlassung . . . . .	473	144
III. Die Streitgenossenschaft . . . . .	474a	145

<b>§ 13 Prozessfähigkeit, Prozessvertretung, Postulationsfähigkeit</b>	477	146
I. Die Prozessfähigkeit	477	146
II. Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit	483	147
<b>§ 14 Die Klagebefugnis</b>	485	148
I. Allgemeines	489	149
II. Die analoge Anwendung des § 42 Abs. 2 auf die allgemeine Leistungsklage sowie auf Gestaltungs- und Feststellungsklagen	491	149
III. Die Voraussetzungen der Klagebefugnis	493	150
1. Die Geltendmachung der Rechtsverletzung	493	150
2. Die Selbstbetroffenheit des Klägers	495	151
a) Der Begriff des subjektiven Rechts	495	151
b) Die Begründung subjektiver Rechte	498	153
aa) Die Subjektivierung von Rechtsvorschriften	498	153
bb) Gegenwärtiges und unmittelbares Betroffensein als Voraussetzung einer möglichen Rechtsverletzung	502a	158
cc) Die Präklusion subjektiver Rechte	502f	159
dd) Die Begründung von Unterlassungsansprüchen	503	162
ee) Die Begründung von Beseitigungsansprüchen	506	163
c) Die sog. Adressatentheorie	510	164
d) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen Privater und bei Gemeindenachbarklagen	513	165
e) Die Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen	521	170
f) Die Problematik der Verbandsklage	525	173
g) Der sog. Insichprozess	528	174
3. Klagebefugnis und das Recht der EG	531a	175
4. Klagebefugnis trotz fehlender Selbstbetroffenheit	532	177
<b>§ 15 Die Prozessführungsbefugnis</b>	538	179
I. Allgemeines	539	179
II. Die Regelung des § 78	543	180
1. Passive Prozessführungsbefugnis oder Passivlegitimation	543	180
2. Die Regelung des § 78 Abs. 1	547	181
3. Die Regelung der §§ 78 Abs. 2, 79 Abs. 2 S. 3	551	182
III. Die passive Prozessführungsbefugnis bei sonstigen Klagearten	554	182

<b>§ 16 Das Rechtsschutzbedürfnis</b> . . . . .	557	183
I. Allgemeines . . . . .	560	184
II. Die Abgrenzung des Rechtsschutzbedürfnisses von anderen prozessrechtlichen Instituten . . . . .	563	185
1. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 43 Abs. 2 S. 1 . . . . .	565	186
2. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 44a . . . . .	566	186
3. Die Beschränkung des vorbeugenden Rechtsschutzes gegen Verwaltungsakte . . . . .	569	187
4. Die isolierte Anfechtungsklage . . . . .	570	187
III. Das Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen der §§ 43 Abs. 1, 113 Abs. 1 S. 4 . . . . .	571	187
1. Das berechnigte Interesse . . . . .	571	187
2. Das berechnigte Interesse gem. § 43 Abs. 1 . . . . .	572	188
a) Allgemeines . . . . .	572	188
b) Zweifelsfälle . . . . .	573	188
aa) Feststellender Verwaltungsakt und Rechts- schutzbedürfnis . . . . .	573	188
bb) Rechtsschutzbedürfnis wegen präjudizieller Bedeutung der Feststellung für ein zivil- gerichtliches Verfahren . . . . .	578	189
3. Das berechnigte Interesse gem. § 113 Abs. 1 S. 4 . . . . .	579	190
a) Wiederholungsgefahr . . . . .	580	191
b) Rehabilitationsinteresse bei Diskriminierung . . . . .	582	191
c) Sich typischerweise kurzfristig erledigende Verwaltungsakte . . . . .	583	191
d) Vorbereitung eines zivilgerichtlichen Amtshaftungs- oder Entschädigungsprozesses . . . . .	585	192
e) Grundrechtseingriff . . . . .	586	193
f) Verfahrensfehlerhafte, aber nicht aufhebbare Verwaltungsakte . . . . .	586a	193
IV. Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis bei Gestaltungs- und Leistungsklagen . . . . .	587	193
1. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Erledigung des Verwaltungsakts . . . . .	588	194
2. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klageverwirkung, Klageverzicht und Rechtsmissbrauch . . . . .	590	194
3. Sonstige Fälle fehlenden schutzwürdigen Interesses am Rechtsschutzziel . . . . .	591	195
4. Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses im Hinblick auf einfachere bzw effektivere Möglichkeiten zur Realisierung des Rechtsschutzes . . . . .	591a	195
a) Rechtsschutz in einem anderen Rechtsweg . . . . .	591a	195

b) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung eines Rechts . . .	592	196
c) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen Möglichkeit eines Rechtsschutzes im Verwaltungsverfahren . . .	593	197
d) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen anderer effektiverer Klagemöglichkeiten . . . . .	594a	197
<b>§ 17 Fehlende Rechtshängigkeit und fehlende Rechtskraft . . . . .</b>	<b>598</b>	<b>198</b>
I. Der Streitgegenstandsbegriff . . . . .	601	199
1. Einführung . . . . .	601	199
2. Der verwaltungsprozessuale Streitgegenstand . . . . .	603	200
a) Allgemeines . . . . .	603	200
b) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage . . . . .	608	201
c) Der Streitgegenstand anderer Verfahrensarten . . . . .	611	203
II. Das Fehlen einer anderweitigen Rechtshängigkeit . . . . .	612	205
1. Die prozessrechtliche und materiellrechtliche Bedeutung der Rechtshängigkeit . . . . .	612	205
2. Die Begründung und Beendigung der Rechtshängigkeit . . . . .	614	205
III. Das Fehlen einer rechtskräftigen Entscheidung . . . . .	615	206
1. Rechtskraft und Bestandskraft . . . . .	615	206
2. Die formelle Rechtskraft . . . . .	616	207
3. Die materielle Rechtskraft . . . . .	617	207
a) Die der materiellen Rechtskraft fähigen Entscheidungen . . . . .	618	207
b) Die Bedeutung der materiellen Rechtskraft . . . . .	619	207
c) Materielle Rechtskraft und Entscheidungsgründe . . . . .	623	209
d) Materielle Rechtskraft und Veränderung der maßgeblichen Sach- und/oder Rechtslage . . . . .	627	209
e) Personelle Grenzen der materiellen Rechtskraft . . . . .	631	211
IV. Tatbestands-, Feststellungs- und Präklusionswirkung gerichtlicher Entscheidungen . . . . .	632	211
<b>§ 18 Die Durchführung des Vorverfahrens . . . . .</b>	<b>639</b>	<b>213</b>
I. Allgemeines . . . . .	642	213
1. Der Doppelcharakter des Vorverfahrens . . . . .	642	213
2. Die Prüfung eines Widerspruchs . . . . .	648	215
Anhang: Die Prüfung der Zulässigkeit des Widerspruchs . . . . .	651a	217
II. Die formgerechte Einlegung des Widerspruchs . . . . .	652	218
III. Die Statthaftigkeit des Widerspruchsverfahrens . . . . .	655	218
1. Das grundsätzliche Erfordernis der Durchführung eines Vorverfahrens . . . . .	655	218
2. Ausnahmen . . . . .	656	219

3. Sonderfälle des entbehrlichen, aber zulässigen Widerspruchs . . . . .	661	219
4. Widerspruchsverfahren und Fortsetzungsfeststellungsklage . . . . .	665	220
IV. Die Einlegung des Widerspruchs bei der zuständigen Behörde und der Abhilfebescheid . . . . .	667	221
1. Die Einlegung bei der Ausgangsbehörde . . . . .	667	221
2. Die Einlegung bei der Widerspruchsbehörde . . . . .	669	222
V. Die Widerspruchsfrist . . . . .	672	223
1. Das Fristerfordernis der §§ 70, 58 . . . . .	672	223
2. Die Konsequenzen der Versäumung der Widerspruchsfrist . . . . .	679	227
VI. Das Widerspruchsinteresse . . . . .	682b	229
VII. Die Begründetheit des Widerspruchs . . . . .	683	230
1. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts . . . . .	683	230
2. Die Entscheidung der Widerspruchsbehörde . . . . .	686	231
VIII. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer reformatio in peius . . . . .	687	233
1. Keine Regelung der reformatio in peius in der VwGO . . . . .	691	233
2. Die Zulässigkeit einer reformatio in peius nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen . . . . .	692	234
a) Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde . . . . .	693	234
b) Die materiellrechtliche Befugnis zur reformatio in peius . . . . .	694	235
IX. Aufhebungsbefugnis der Widerspruchsbehörde bei unzulässigem oder unbegründetem Drittwiderspruch . . . . .	696	236
<b>§ 19 Die Klagefrist . . . . .</b>	<b>700</b>	<b>238</b>
I. Der Anwendungsbereich des § 74 . . . . .	703	238
II. Die zeitliche Begrenzung der Klageerhebung durch § 74 . . . . .	705	239
III. Die Klagefrist bei der Untätigkeitsklage und bei Unterlassung eines Widerspruchsbescheids (§ 75) . . . . .	715	241
1. Die Zulassung einer Klage ohne Widerspruchsbescheid bzw Entscheidung über den beantragten Verwaltungsakt . . . . .	715	241
2. Die Konsequenzen einer verfrühten Klageerhebung . . . . .	717	242
3. Die zeitlichen Begrenzungen der Klage in den Fällen des § 75 . . . . .	720	242
Anhang: Die wichtigsten Klagen und ihre Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	724a	244

<b>§ 20 Die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage</b>	725	246
I. Prüfungsschema: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 1 S. 1	730	246
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	734	248
1. Die gerichtliche Überprüfung von Ermessens- entscheidungen	735	248
a) Ermessensüberschreitung	738	249
b) Ermessensnichtgebrauch	742	251
c) Ermessensfehlgebrauch	744	251
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungs- spielraum	748	251
a) Die Bedeutung der Problematik	748	251
b) Keine generelle Anerkennung eines Beurteilungs- spielraums	751	252
c) Keine prinzipiellen Bedenken gegen die gesetzliche Begründung von Beurteilungsspielräumen	752	253
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungs- spielraum	755	254
aa) Ausdrückliche gesetzliche Normierung eines Beurteilungsspielraums	756	254
bb) Beurteilungsspielraum wegen der organisations- und/oder verfahrensrechtlichen Stellung einer Verwaltungsbehörde	758	254
cc) Beurteilungsspielraum bei politisch bedeutsamen Verwaltungsentscheidungen	760	255
dd) Beurteilungsspielraum und Technikrecht	762	255
ee) Beurteilungsspielraum bei Prüfungsentscheidungen und dienstlichen Beurteilungen	763	256
ff) Zweifelsfälle	769	257
gg) Die Faktorenlehre	770	257
e) Die gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungs- spielräumen	772	258
aa) Beurteilungsüberschreitung	773	258
bb) Beurteilungsfehlgebrauch	774	258
3. Das so genannte Planungsermessen	777a	259
4. Die Befugnis zur Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung gem. § 113 Abs.3, 2 S.2	778	260
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten	782	261
1. Einführung in die Problematik	782	261
2. Die prozessrechtliche und die materiellrechtliche Dimension der Problematik	783	262

a) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts des Erlasses des Verwaltungsakts . . . . .	784	263
b) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht . . . . .	786	264
3. Der prozessrechtlich maßgebliche Zeitpunkt . . . . .	789	265
4. Die materiellrechtliche Problematik . . . . .	795	268
IV. Das verwaltungsgerichtliche Urteil in der Hauptsache . . .	805	272
1. Die (vollständige oder teilweise) Aufhebung des Verwaltungsakts . . . . .	805	272
a) Die Teilaufhebung bei rechtswidrigen Neben- bestimmungen . . . . .	807	273
b) Ausgangs- und Widerspruchsbescheid . . . . .	808a	274
2. Keine Aufhebung des Verwaltungsakts trotz subjektiver Rechtsverletzung . . . . .	809	275
a) Ausschluss der gerichtlichen Aufhebung bei Fehlen eines Beseitigungsanspruchs . . . . .	809	275
b) Grundsätzlich keine antragsunabhängige isolierte Feststellung der Rechtswidrigkeit . . . . .	810	276
V. Das Nachholen einer Begründung und das Nachschieben von Gründen . . . . .	810a	276
1. Das Nachholen einer Begründung . . . . .	810a	276
2. Das Nachschieben von Gründen . . . . .	811	277
a) Abgrenzung der Problematik . . . . .	811	277
b) Kritik an der herrschenden Meinung . . . . .	813	277
VI. Die Umdeutung von Verwaltungsakten . . . . .	820	279
VII. Die Regelungen des § 113 Abs. 1 S. 2 u. Abs. 4 . . . . .	825	280
VIII. Nebenentscheidungen des Verwaltungsgerichts . . . . .	828	281
<b>§ 21 Die Begründetheit der Verpflichtungsklage . . . . .</b>	<b>834</b>	<b>282</b>
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 5 . . . . .	837	283
1. Die Spruchreife . . . . .	838	283
2. Die Verpflichtung der Behörde zum Erlass eines Verwaltungsakts . . . . .	841	284
3. Die Verpflichtung zur Bescheidung . . . . .	842	284
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung . . . . .	845	285
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung der Verpflichtungsklage . . . . .	849	286
IV. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung in der Hauptsache . . . . .	851	287
1. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den geltend gemachten Leistungsanspruch . . . . .	851	287

2. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Ablehnung bzw Unterlassung analog § 113 Abs. 1 S. 4 . . . . .	853	288
V. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 2 und des § 113 Abs. 4 . . . . .	855	289
<b>§ 22 Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage . . . . .</b>	<b>860</b>	<b>290</b>
I. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Anfechtungsklage“ . . . . .	862	290
II. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Verpflichtungsklage“ . . . . .	864	291
<b>§ 23 Die Begründetheit anderer verwaltungsgerichtlicher     Klagen . . . . .</b>	<b>867</b>	<b>293</b>
I. Die Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage . . . . .	867	293
II. Die Begründetheit von Gestaltungsklagen . . . . .	869	294
III. Die Begründetheit der allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage . . . . .	870	294
<b>§ 24 Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gem. § 47 . . . . .</b>	<b>871</b>	<b>295</b>
I. Die Rechtsnatur der Normenkontrolle . . . . .	873	295
II. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Normenkontrolle . . . . .	874	296
1. Die Antragstellung . . . . .	875	296
2. Die Statthaftigkeit der Normenkontrolle . . . . .	876	296
a) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 1 . . . . .	878	297
b) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 2 . . . . .	879	298
aa) Der Anwendungsbereich des § 47 Abs. 1 Nr 2 . . . . .	879	298
bb) Verwaltungsvorschriften als Gegenstand einer Normenkontrolle . . . . .	881	299
c) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Normenkontrolle . . . . .	883	300
d) Beschränkungen der Statthaftigkeit der Normen- kontrolle durch die Vorbehaltsklausel des § 47 Abs. 3 . . . . .	885	301
3. Beteiligungsfähigkeit und Beiladung . . . . .	886	301
4. Die Antragsbefugnis . . . . .	889	302
a) Die Antragsbefugnis natürlicher oder juristischer Personen . . . . .	890	302
b) Die Antragsbefugnis von Behörden . . . . .	898	305
5. Der Antragsgegner . . . . .	899	305
6. Rechtsschutzbedürfnis bzw Normenkontrollinteresse . . . . .	900	306
a) Das Rechtsschutzbedürfnis bei einem Normen- kontrollantrag natürlicher oder juristischer Personen . . . . .	901	306

b) Das objektive Kontrollinteresse bei einem Normenkontrollantrag einer Behörde . . . . .	912	308
7. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft . . . . .	912a	308
8. Antragsfrist . . . . .	912b	309
III. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags . . . . .	913	310
1. Allgemeines . . . . .	913	310
2. Die Überprüfung am Maßstab von Bundesrecht und Gemeinschaftsrecht . . . . .	916	310
3. Einschränkungen des Prüfungsmaßstabs . . . . .	918	311
a) Die Reichweite der Vorbehaltsklausel . . . . .	918	311
b) Der Inhalt der Vorbehaltsklausel . . . . .	919	311
4. Die Entscheidung des OVG . . . . .	922	312
IV. Prüfungsschema bei einem Normenkontrollantrag . . . . .	924	314
<b>§ 25 Der vorläufige Rechtsschutz . . . . .</b>	<b>927</b>	<b>316</b>
I. Allgemeines . . . . .	936	317
II. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80–80b . . . . .	937	317
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 . . . . .	939	318
2. Vollziehbarkeits- oder Wirksamkeitshemmung . . . . .	949	319
3. Suspensiveffekt bei unzulässigen förmlichen Rechtsbehelfen . . . . .	956	321
4. Die zeitlichen Grenzen des Suspensiveffekts . . . . .	962	322
5. Das Entfallen der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes . . . . .	963	323
a) Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten . . . . .	964	323
b) Unaufschiebbare Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten . . . . .	967	324
c) Andere Fälle . . . . .	970	324
6. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts . . . . .	972	325
a) Rechtsnatur und Bedeutung . . . . .	972	325
b) Die Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung . . . . .	975	325
aa) Das Vorliegen eines gem. §§ 40, 42 anfechtbaren Verwaltungsakts . . . . .	976	325
bb) Die Zuständigkeit für die Anordnung der sofortigen Vollziehung . . . . .	977	326
cc) Grundsatz des rechtlichen Gehörs . . . . .	978	326
dd) Die ordnungsmäßige Anordnung der sofortigen Vollziehung . . . . .	979	327
ee) Das Begründungserfordernis . . . . .	980	327

ff) Das Fehlen einer der Vollziehungsanordnung entgegenstehenden gerichtlichen Entscheidung gem. § 80 Abs. 5 S. 1 . . . . .	984	328
gg) Öffentliches Interesse und/oder überwiegendes Interesse eines Beteiligten an der sofortigen Vollziehung . . . . .	985	328
hh) Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Vollziehungsanordnung . . . . .	986	329
7. Die behördliche Aussetzung der Vollziehung . . . . .	987	329
a) Die formelle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung . . . . .	988	330
b) Die materielle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung . . . . .	989	330
8. Die gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung . . . . .	990	330
a) Die Zulässigkeit des Antrags . . . . .	991	331
aa) Das Erfordernis der Antragstellung, der deutschen Gerichtsbarkeit und des Verwaltungsrechtswegs . . . . .	991	331
bb) Die Statthaftigkeit des Antrags . . . . .	992	332
cc) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	995	333
b) Die Begründetheit des Aussetzungsantrags . . . . .	1000	334
aa) Unterschiede zwischen Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung . . . . .	1000	334
bb) Die gerichtliche Interessenabwägung . . . . .	1002	335
cc) Sonderproblem: Verfassungswidrigkeit des zugrunde liegenden formellen nachkonstitutionellen Gesetzes . . . . .	1005	338
dd) Sonderproblem: Verstoß von gemeinschaftsrechtlichem Ordnungsrecht gegen primäres Gemeinschaftsrecht . . . . .	1005a	338
c) Die gerichtliche Anordnung der Aufhebung der Vollziehung . . . . .	1006	339
aa) § 80 Abs. 5 S. 3 als Mittel zur vorläufigen Sicherung eines Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs . . . . .	1006	339
bb) Besonderheiten bei Verwaltungsakten mit Drittwirkung . . . . .	1012	339
d) Schadensersatzansprüche bei Rechtmäßigkeit des ausgesetzten Verwaltungsakts . . . . .	1014a	340
9. Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung des Verwaltungsakts . . . . .	1015	340

10. Der vorläufige gerichtliche Rechtsschutz des Begünstigten eines Verwaltungsakts mit Drittwirkung . . . . .	1019	342
a) Allgemeines . . . . .	1019	342
b) Die Zulässigkeit des Antrags . . . . .	1020	342
c) Die Begründetheit des Antrags . . . . .	1022	343
d) Die Sicherung der Anordnung der sofortigen Vollziehung bei faktischer Aussetzung eines Verwaltungsakts mit Drittwirkung . . . . .	1023	343
Anhang: Die gerichtliche Anordnung bzw. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung sowie der vorläufige Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung . . . . .	1023	344
11. Der Erlass gerichtlicher Entscheidungen gem. §§ 80, 80a . . . . .	1024	346
III. Der vorläufige Rechtsschutz durch die einstweilige Anordnung gem. § 123 . . . . .	1025	346
1. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung des § 123 . . . . .	1025	346
2. Die Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	1029	347
3. Die Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	1032	348
a) Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund . . . . .	1032	348
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung . . . . .	1034	350
4. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung . . . . .	1040	351
5. Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigtem Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	1041	353
Anhang: Die einstweilige Anordnung gem. § 123 . . . . .	1041a	353
IV. Der vorläufige Rechtsschutz über die einstweilige Anordnung des § 47 Abs. 6 . . . . .	1042	353
1. Allgemeines . . . . .	1042	353
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 . . . . .	1044	354
3. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 . . . . .	1045	354
4. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6 . . . . .	1046	355
5. Der Erlass der einstweiligen Anordnung . . . . .	1050	355
<b>§ 26 Exkurs: Rechtsschutz bei normativem Unrecht außerhalb des § 47 . . . . .</b>	<b>1059</b>	<b>357</b>
I. Die Grenzen des durch § 47 gewährten Rechtsschutzes bei normativem Unrecht . . . . .	1062	358

II. Die verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtsschutzes bei normativem Unrecht . . . . .	1063	358
III. Die Verwirklichung des Rechtsschutzes bei normativem Unrecht . . . . .	1064	359
1. Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten . . . . .	1065	359
2. Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage . . . . .	1072	361
a) Feststellungsklagen sui generis . . . . .	1073	361
b) Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage . . . . .	1074	362
3. Die Schließung verbleibender Rechtsschutzlücken . . . . .	1077	363
4. Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Unterlassen von Rechtsnormen . . . . .	1081	365
5. Das Verhältnis zwischen verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz gegen Normen und der Rechtssatzverfassungsbeschwerde . . . . .	1084	367
a) Prinzipale Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG . . . . .	1084	367
b) Inzidente Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG . . . . .	1085	367
IV. Vorbeugender Rechtsschutz gegen Rechtsnormen . . . . .	1087	368
1. Vorbeugender Rechtsschutz gegen formelle Gesetze . . . . .	1087	368
2. Vorbeugender Rechtsschutz gegenüber untergesetzlichen Rechtsnormen . . . . .	1089	369
V. Der vorläufige Rechtsschutz gegen Rechtsnormen . . . . .	1092	370
<b>§ 27 Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung . . . . .</b>	<b>1098</b>	<b>372</b>
I. Allgemeines . . . . .	1101	372
II. Der gerichtliche Vergleich . . . . .	1102	373
III. Die Klagerücknahme gem. § 92 . . . . .	1106	374
IV. Die beiderseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache . . . . .	1111	375
V. Exkurs: Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung bei einseitiger Erledigungserklärung . . . . .	1115	376
1. Die Problematik einseitiger Erledigungserklärungen . . . . .	1115	376
2. Die Unbeachtlichkeit des Erfolgs der ursprünglichen Klage . . . . .	1117	377
3. Der Inhalt der Entscheidung . . . . .	1118a	378
<b>§ 28 Grundbegriffe des Rechtsmittelrechts . . . . .</b>	<b>1122</b>	<b>380</b>
I. Der Begriff des Rechtsmittels . . . . .	1122	380
II. Allgemeine Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens . . . . .	1125	380
1. Die Einlegung des Rechtsmittels . . . . .	1125	380

2. Die Rechtsmittelberechtigten . . . . .	1126	381
3. Die Beschwer . . . . .	1127	381
4. Das Verbot der reformatio in peius . . . . .	1130	381
5. Das Anschlussrechtsmittel . . . . .	1132	382
6. Die formell inkorrekte Entscheidung . . . . .	1134	382
7. Die Begründetheit des Rechtsmittels . . . . .	1141	384
8. Schema für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels . . . . .	1143	384
III. Die Berufung . . . . .	1145	385
IV. Die Revision . . . . .	1147	385
V. Die Beschwerde . . . . .	1150	386
<i>Sachverzeichnis</i> . . . . .		387